

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(West-Deutscher).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 18 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 29.

Berlin, Sonnabend, 11. April 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Zum Reichsvereinsgesetz. — Interessante Zahlen über das deutsche Handwerk. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Zum Reichsvereinsgesetz.

Der Reichstag hat am Mittwoch Ferien gemacht. Bis nach dem Osterfest wurden die Sitzungen vertagt, damit die Volksvertreter sich neben der Erledigung ihrer häuslichen Geschäfte auch einer kurzen Erholung widmen können. Die ist ihnen von Herzen zu gönnen; denn der letzten Tage Dual war groß. Mag man mit den Beschlüssen des Reichstages zufrieden sein oder nicht, das Eine muß man zugeben: Fleißig gearbeitet hat er, und was immerhin recht erfreulich ist, dauernd mit einer Präsenzliste, die kaum jemals erreicht worden ist.

Schon diese Tatsache verrät, daß es sich um wichtige Dinge handelte. Vereinsgesetz und Börsegesetz waren es, die dieses Wunder zuwege brachten. Beide Gesetze sind angenommen worden. Während uns aber das Börsegesetz als Arbeiter wenig interessiert, dürfen wir an dem Vereinsgesetz nicht achtlos vorübergehen.

Mit seltener Leidenschaft ist darum gestritten worden. Man muß selbst im Reichstage gewesen sein, um sich auch nur einigermaßen eine Vorstellung machen zu können von der Erbitterung, mit welcher der Kampf um das Vereinsgesetz geführt wurde. Der objektive Zuhörer mußte dabei zu der Ueberzeugung gelangen, daß nicht die Frage des Vereinsgesetzes allein die Stimmung erzeugt hatte, sondern daß noch andere Momente in Betracht kamen. Es galt, den Kampf um das Vereinsgesetz auch zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen.

Das Gesetz ist angenommen worden mit 194 gegen 168 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen. Auch der Bundesrat hat am Donnerstag seine Zustimmung dazu gegeben. Wir stehen also vor einer vollendeten Tatsache, an der nun nicht mehr zu rütteln ist. Die im Artikel 4 der deutschen Reichsverfassung gewährte Regelung des Vereins- und Versammlungswesens durch das Reich ist damit endlich nach beinahe 40 Jahren erfolgt. Der Wunsch nach einem einheitlichen Vereinsrecht ist erfüllt, allerdings in einer Weise, die niemand voll befriedigt. Die starke Minderheit, die gegen das Gesetz stimmte, zeigt, daß große Volksteile von diesem Gesetz nichts wissen wollen, und selbst bei der Mehrheit, die für das Gesetz stimmte, ist keine ungemühte Freude über den Sieg vorhanden. Das Gesetz ist eben ein Kompromiß, und Kompromisse können niemand voll befriedigen.

Unsere Stellung zu dem Gesetz haben wir deutlich genug gekennzeichnet. Wir erkennen ohne weiteres die Fortschritte an, die dasselbe bringt: Die Einheitlichkeit des Rechts, die Befestigung der beschränkenden Bestimmungen für das weibliche Geschlecht, die genauere Präzisierung des Ausdrucks „politisch“, die Befestigung der Bestimmungen, daß ein Verzeichnis der Mitglieder bei der Polizei eingereicht werden muß, daß während der Wahlzeit politische Versammlungen nicht mehr angemeldet zu werden brauchen, den Wegfall der Versammlungsanmeldung bei der Polizei nach württembergischem Muster. Alles dies sind Fortschritte, die nicht weggeleugnet werden können. Andererseits haben wir niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß so-

wohl der § 7, als auch der § 10a für uns unannehmbar sind. Wir erblicken darin schwere Nachteile gegenüber dem bestehenden Zustande und sind der Meinung, daß die Fortschritte des Gesetzes mit diesen Verschlechterungen sehr teuer erkauft sind. Wenn liberale Männer dazu ihre Zustimmung gegeben haben, so befanden sie sich in einer Zwangslage. Sie wollten unter allen Umständen ein Reichsvereinsgesetz schaffen, hätten es aber nicht bekommen ohne jene beiden leider recht erheblichen Schönheitsfehler. Von Volksverrat kann dabei keine Rede sein. Die politische Vergangenheit jener Männer bürgt dafür, daß sie nach ihrer Ueberzeugung gehandelt haben. Eine eigene Ueberzeugung aber muß doch wohl jeder Volksvertreter haben.

Das Reichsvereinsgesetz ist beschloffen; wir haben damit zu rechnen und uns damit abzufinden, so gut oder so schlecht es geht. Nicht allein der Wortlaut gibt einem Gesetze seinen Wert oder seinen Unwert. Es kommt auch darauf an, wie ein Gesetz gehandhabt wird. Nun haben wir zu der preussischen Polizei allerdings nicht das Vertrauen, daß das Gesetz in freihetlichem Sinne angewandt wird. Auch auf Ministerworte darf man sich nicht allzusehr verlassen. Indessen hat doch der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg auf mehrfache Aufforderungen ausdrücklich erklärt, daß man aus dem § 10a den Arbeiterberufsvereinen keinen Strich zu drehen beabsichtigt, sondern daß er lediglich auf rein politische Vereine und Versammlungen Anwendung finden soll. An diesem § 10a trägt übrigens die Hauptschuld die Sozialdemokratie durch die Verbreitung eines Flugblattes zum Eintritt in die freie Jugendorganisation, das man geradezu als ein Verbrechen an der Jugend bezeichnen muß und die Stimmung für die Einführung des § 10a vorbereitete. Wir wollen damit den § 10a keineswegs verteidigen. Im Gegenteil, wir verurteilen ihn auf das allerhöchste. Aber angesichts der Tonart, die in diesem Flugblatt vorherrschte, — das wir übrigens an anderer Stelle zum Teil bringen — braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn reaktionäre Forderungen ein geneigtes Ohr finden.

Wir haben schon erwähnt, daß in den Kämpfen um das Vereinsgesetz nicht allein sachliche Momente ausschlaggebend waren, sondern daß man sie auch zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen versucht hat. Sozialdemokratie und Zentrum haben naturgemäß ein großes Interesse daran, das Reichsvereinsgesetz so schlecht wie irgend möglich erscheinen zu lassen, und sie schüren die Unzufriedenheit über das Gesetz mit einem Eifer, der wirklich einer besseren Sache würdig wäre. Daß auch die hinter ihnen stehenden Organisationen aus der Sache Kapital zu schlagen und im Trüben zu fischen versuchen, ist natürlich. Schon jetzt sucht man unsere Mitglieder aufzuheben und ihnen die „Sünden“ der Liberalen zum Vorwurf zu machen. Ja, was gehen denn uns als Gewerkevereine die liberalen Parteien an? Die Gewerkevereine als solche sind rein neutrale Organisationen, die zu den politischen Parteien keinerlei Beziehungen haben. Unsere Stellung zum Vereinsgesetz ist ja auch klar gekennzeichnet. Wie die Parteien sich dazu verhalten haben, geht uns nichts an. Aber auf eins möchten wir nicht verfallen hinzuweisen. In den Kreisen der christlich organisierten Arbeiter scheint man sich doch nicht ganz klar über die Bedeutung des Ge-

setzes zu sein. Diejenigen christlich-sozialen Abgeordneten, die sich dem Zentrum angeschlossen haben, stimmten gegen das Gesetz, der Abgeordnete Behrens, der zur Wirtschaftlichen Vereinigung gehört, dafür. Die Wirtschaftliche Vereinigung gehört eben zum Block, das Zentrum steht außerhalb desselben. Da haben wir also den Beweis dafür, daß parteipolitische Erwägungen vielfach ausschlaggebend für die Stellung zum Gesetz gewesen sind.

Auf Einzelheiten wollen wir heute nicht näher eingehen. Es wird seitens der Verbandsleitung beabsichtigt, den Wortlaut des Gesetzes mit leicht verständlichen Erläuterungen in einer kleinen Schrift herauszugeben. Dann wird sich auch später noch Gelegenheit finden, die einzelnen Bestimmungen genauer zu besprechen. Nur das Eine sei noch bemerkt! Wir haben keine Freude an dem Gesetz. Wir stellen uns jedoch auf den Boden der vollendeten Tatsachen, an denen sich nichts mehr ändern läßt, und wollen versuchen das Gesetz uns so nutzbar zu machen, wie es irgend möglich ist.

Interessante Zahlen über das deutsche Handwerk.

Durch die Gewerbeordnungsnovelle des Jahres 1897 wurden bekanntlich die Zwangsinnungen für das Handwerk wieder eingeführt. Man hoffte dadurch, dieser Betriebsform gegen die immer weiter vordringenden Großbetriebe einen Schutz gewähren zu können. Um ziffernmäßig zu erfassen, welche Wirkung jene Novelle gehabt hat, wurden im Jahre 1905 durch eine allgemeine Umfrage Erhebungen über das Handwerk angestellt, deren Resultat jetzt, nach drei Jahren, in einer vom Regierungsrat Dr. Boensgen geleiteten Bearbeitung dem Reichstage vorgelegt worden ist. Aus diesem Berichte veröffentlicht die „Soziale Praxis“ folgende Ziffern:

Ende 1904 bestanden im Reich 11339 Innungen, von denen 11311 in der Erhebung berücksichtigt wurden; ferner gingen für 208 Innungsauslösungen, 43 Innungsverbände, 71 Handwerkskammern und 126 höhere Verwaltungsbehörden sowie von 118 Zweigverbänden der Innungsverbände Antwortbogen ein. Die 11311 Innungen umfaßten 488700 Mitglieder. Verhältnismäßig am dichtesten sitzen die Innungshandwerker im Osten der preussischen Monarchie und im Königreich Sachsen, am dünnsten in Süddeutschland, wo allerdings die Innungen teilweise entsprechenden Gewerbeverbände eine fruchtbare Wirksamkeit entfalten. Nach einer 1906 veröffentlichten Erhebung des Verbandes deutscher Gewerbevereine zu Darmstadt bestanden 1613 Gewerbe- und Handwerkervereine mit etwa 150000 Mitgliedern, die hauptsächlich auf Süddeutschland entfielen. Von den 11311 Innungen waren 3164, also noch nicht 30 pCt., Zwangsinnungen mit 218468 Mitgliedern, die übrigen freie Innungen.

Zwei Drittel aller Zwangsinnungen hatten mehr als 200 Mitglieder, von den freien Innungen nur ein Drittel. Nur ein Fünftel aller Innungen entfielen auf Großstädte. Bei den 488700 Innungsmitgliedern waren 691569 Gesellen und 264361 Lehrlinge tätig. In Norddeutschland hielten 41 pCt., in Süddeutschland 32 pCt. der Innungsmitglieder weder Gesellen noch Lehrlinge, weitere 12 1/2 pCt. resp. 10 pCt. nur Lehrlinge. 42 pCt. der Gesellen und 35 pCt. der Lehrlinge waren bei Zwangsinnungsmitgliedern beschäftigt. Von den Lehrlingen hatten zwei Drittel bis drei Viertel bei den Meistern Kost und Wohnung. In Norddeutschland besuchten nur 57 pCt. eine Fortbildungs- oder Fachschule, in Süddeutschland 84 pCt. Die Lehrzeit betrug bei

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 10. April 1908.

29 pCt. über 3 Jahre, längere als 4-jährige Lehrzeit schreiben nur 11 Innungen vor.

Schulen sind nur von 791 Innungen errichtet worden; die Zuschüsse zu dem Unterhalt eigener Schulen betragen kaum 103 000 Mk., zu den fremden Schulen in 860 Fällen zusammen 43 500 Mk. Arbeitsnachweise waren von den Innungen bis zum Erlaß des Handwerkergesetzes 819 errichtet, seitdem sind 1361 neue hinzugekommen. Sie haben im Jahre 1904 204 509 Gesellen, d. h. 55 pCt. der Arbeitssuchenden, Stellen vermittelt. Der Innungszuschuß zu den Arbeitsnachweisen betrug sich auf 43 000 Mk., zu fremden Arbeitsnachweisen 12 000 Mk. 141 623 Personen erhielten im Jahre 1904 Reiseunterstützung durch die Innungen im Betrage von 61 000 Mk. Zum Herbergsweien leisteten nur 539 Innungen Zuschüsse in Höhe von kaum 19 000 Mk. 660 Innungen unterhielten Krankenkassen für 226 051 Mitglieder, die auf ein Mitglied 19,14 Mk. Krankheitskosten und 2,17 Mk. Verwaltungskosten bedangen. Unterstützungsstellen hatten 1334 Innungen mit 125 800 Kassennmitgliedern und 7,6 Millionen Mark Vermögen; an fremden Unterstützungsstellen waren 437 Innungen beteiligt.

Die Eintrittsgelder bei den freien Innungen betragen meist 5—20 Mk. (bei 56 pCt.), nur bei 10 pCt. mehr als 20 Mk., die Beiträge, die bei der Mehrheit der Zwangsinnungen gestaffelt waren, meist 1—3 Mk. 1885 Innungen erhoben Beiträge mit gelegentlichen oder festen Zuschlägen. Bei 2968 Innungen wurden im Jahre 1904 102 725 Ordnungsstrafen verhängt, fast durchweg wegen unentschuldigtem Fehlen.

Zu recht eigenartigen Eindrücken gelangt man, wenn man die Einnahmen und Ausgaben der Innungen gegenüberstellt. Den Gesamteinnahmen von 5,15 Millionen Mark (einschließlich 1,3 Millionen Mark Vortrag aus 1903) standen im Jahre 1904 3,3 Millionen Mark Ausgaben gegenüber. Die Quellen der Einnahmen waren neben 1/4 Millionen Mark Eintritts- und Beitragsgeldern vor allem Schulgelder (97 500 Mk.), Einschreibgebühren für Lehrlinge (248 000 Mk.), Gesellenprüfungen (383 700 Mk.), Herbergen und Arbeitsnachweise (38 000 Mk.), Strafgebühren (38 000 Mk.), Mieten aus Grundbesitz, den zahlreichen Innungen bis hin (409 000 Mk.), Kapitalzinsen (188 500 Mk.) und 475 000 Mk. sonstige Einnahmen aus den verschiedenartigsten Quellen. Daß Lehrlinge und Gesellen und die deren Erziehung und Wohlfahrtspflege vorgeschriebenen Einrichtungen fast 1/4 Millionen Mark, d. h. 1/5 der tatsächlichen Einnahmen der Innungen ausbringen müssen, ist sicherlich eine recht auffallende Erscheinung. Noch eigentümlicher aber muß es berühren, daß von den Ausgaben weit über die Hälfte — nämlich 2 Millionen Mark — auf Verwaltungskosten entfielen, und zwar über 1 Million für persönliche Vergütungen und 940 000 Mk. für sonstige Unkosten. Auf „besondere Veranstaltungen“, also die eigentlichen Zweckleistungen — neben den unter „persönliche Ausgaben“ gebuchten Prüfungen und dem Schiedsgericht — wurden verwandt: 19 940 Mk. Vergütungen für Beauftragte, 9885 Mk. (!) für Bibliothek und Lesezimmer, 13 345 Mk. (!) für Meisterkurse und beherrschende Vorträge, 13 317 Mk. für Herausgabe eines Fachorgans (bei gleichzeitiger Ausgabe von 54 509 Mk. für Zeitungsbezüge der Innungen), 22 717 Mk. für Ausstellungen, 156 400 Mk. für Schulgewebe, 187 000 Mk. für Krankenkassen, Herbergen und Gesellenunterstützungen, 70 571 Mk. für Arbeitsnachweis und 14 046 Mk. (!) für den gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb.

Endlich finden sich sonstige Ausgaben in Höhe von 71 818 Mk. für allerlei teils handwerksförderliche, teils verwaltungstechnische Zwecke und schließlich 415 410 Mk. für Geschäftserfordernisse, Unterhaltung der Innungseinrichtungen, Unterstützungen aller Art. Für positive Leistungen auf dem Gebiete der Handwerker- und Gesellenförderung und für Unterstützungswecke entfielen also bei einem Ausgabenstand von 3 2/3 vielleicht ganze 1/3 Millionen Mark. Für Repräsentations- und Gesellschaftskosten dagegen sind allein weiterhin bei rund 5 000 Innungen 255 943 Mk. gebucht, nämlich für Begräbnisse, Stiftungsfeste (37 148 Mark), Quartale (72 357 Mk.) und 95 020 Mk. für Ausflüge, Bälle, Hochzeiten, Jubiläumsgeschenke, Innungsabende usw.

Das Vermögen der Innungen belief sich auf 22,5 Millionen Mark Aktiva, wovon 15 1/2 Millionen Mark in Grundbesitz bestehen, und 10,8 Millionen Mark Passiva, darunter 7,8 Millionen Mark Hypothekenschulden.

Wer diese Zahlen eingehend prüft, der muß zu dem Ergebnis gelangen, daß die Innungen recht schlecht und unabweisbar wirtschaften. Da zeigt die Bilanz der Arbeiterorganisationen denn doch ein anderes Bild! Wenn die Handwerker in ihren einzelnen Betrieben nach diesem Vorbilde arbeiten, braucht man sich über den Niedergang des Handwerks nicht zu wundern. Dagegen helfen aber keinerlei gesetzliche Maßnahmen.

Ein neuer Zweig am Gewervereinsbaum. Der Bund der südlichen und Gemeindefreier Deutschlands, der aus den Ortsvereinen Berlin, Schöneberg, Wilmersdorf und Rudow besteht, hat auf seinem letzten Bundestage im März beschlossen, sich dem Verbande der Deutschen Gewervereine als Gewerlverein der städtischen und Gemeindefreier Deutschlands anzuschließen. Der Anschluß ist dann auch am 1. April erfolgt. Wir begrüßen den neuen Zuwachs auf das Freudigste und geben der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingt, den neuen Sproß zu einem recht kräftigen und starken Zweige unserer Organisation heranzuziehen. Wir sind auch überzeugt, daß der Bund diesen Schritt, der reichlich und lange überlegt worden ist, niemals bereuen, sondern bald erkennen wird, daß er im Verbande mit einer starken und sowohl religiös wie politisch unabhängigen Organisation erst recht wirksam die Interessen seiner Mitglieder fördern kann. Zum Vertreter im Zentralrat wurde der Kollege Saager-Berlin, zu seinem Stellvertreter der Kollege Matzschuldt-Schöneberg gewählt. Das offizielle Organ heißt „Korrespondenzblatt des Gewervereins der städtischen und Gemeindefreier Deutschlands“.

Das preussische Abgeordnetenhaus ist am Donnerstag geschlossen worden. Gleichzeitig hat der Minister des Innern den Termin für die Neuwahlen angelegt. Die Wahlmänner sollen am 3. Juni und nötigenfalls an den darauf folgenden Tagen gewählt werden, während der 16. Juni und die folgenden Tage für die Wahlen der Abgeordneten festgelegt ist. Als Organisation haben wir mit den Wahlen nichts zu tun. Trotzdem darf erwartet werden, daß unsere Mitglieder überall ihren Einfluß dahin geltend machen, daß Leute aufgestellt bezw. in das Abgeordnetenhaus gewählt werden, die volle Gewähr dafür bieten, daß sie ihr Mandat in einem der Arbeiterchaft; günstigen Sinne ausüben. Vor allen Dingen muß überall die Frage an die Abgeordneten gerichtet werden, wie sie sich zur Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag stellen. Nur wer klipp und klar sich dafür ausspricht, kann Anspruch erheben auf die Stimme eines Arbeiters, dessen Streben gerichtet ist auf Erlangung der bürgerlichen und sozialen Gleichberechtigung.

Schriftmacher der Reaktion. Vor kurzem konnten wir mitteilen, daß bei den Stadtverordnetenwahlen in Quedlinburg der Kollege Mörhing vom Ortsverein der Maschinenbauer mit einem Mittelstandsparteiler in die Stichwahl gelangt und zu hoffen sei, daß er aus derselben siegreich hervorgehen würde. Vor er doch seinem Gegner, der 225 Stimmen erhalten hatte, selbst mit 333 Stimmen um 108 Stimmen voraus. Diese Hoffnung hat sich leider als trügerisch erwiesen. In der Stichwahl ist Kollege Mörhing unterlegen. Er erhielt 386 Stimmen, also 53 mehr als in der Hauptwahl, der Mittelstandsparteiler 454 Stimmen, also 229 mehr. Diese Zahlen fordern zu einem Vergleich mit der Hauptwahl heraus. Damals hatte der sozialdemokratische Kandidat 181, zwei andere Kandidaten 91, das sind zusammen 272 Stimmen, erhalten. Der jetzige Stimmengewinn der beiden Stichwahlkandidaten beträgt 282. Daraus geht hervor, daß die bei der Hauptwahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen fast ausnahmslos in der Stichwahl für den Mittelstandsparteiler abgegeben worden sind. Diese Annahme findet eine Bestätigung darin, daß das Wahlergebnis von den „Genossen“ mit lauten Bravourrufen aufgenommen wurde. Der Haß der Woten gegen die Gewervereine ist also so groß, daß die Sozi, um die Wahl eines unserer Kollegen, also eines Arbeiters, zu verhindern, selbst für einen reaktionären Mittelstandsparteiler ihre Stimme abgeben. Da pfeifen sie auf Fortschritt und Freiheit. Wenn unter solchen Umständen die Augen nicht geöffnet werden über den wahren Charakter der „Genossen“, der ist mit Blindheit geschlagen. Diejenigen unserer Kollegen aber, die noch immer glauben, mit den „Genossen“ hier und da an einem Strange ziehen zu können, die werden hoffentlich durch diesen charakteristischen Vorgang in Quedlinburg eines Besseren belehrt werden.

Die Einigungsverhandlungen für die Holzindustrie, die unter dem Vorsitz des Freiherrn von Verlepsch in Leipzig gepflogen worden sind, haben zu einem günstigen Resultat geführt. Es ist dies dem verständigen Entgegenkommen beider Teile, der Unternehmerverbände wie der Arbeiterorganisationen, zu danken. Um eine Einheitsfront in den Verträgen zu erzielen, wurden für sämtliche 23 Orte, in denen eine Einigung nicht hatte erzielt werden können, Schiedsprüche gefällt, die nun den örtlichen Parteien zur Prüfung überreicht werden sollen. Es darf erwartet werden, daß die Schiedsprüche überall angenommen werden. Ungünstig sind die Aussichten nur in Frank-

furt a. M. und Magdeburg, wo die Arbeitgeber von vornherein die Schiedsprüche ablehnten, so daß hier der Kampf wahrscheinlich wird, ohne daß er aber auf andere Orte übertragen wird. Was uns aus den Verhandlungen in Leipzig noch besonders wichtig erscheint, ist der Umstand, daß man eine Klassifizierung der verschiedenen Städte vorgenommen hat, die von Bedeutung ist für die Regelung der Arbeitszeit. Diese Einteilung soll auch für die nächsten Vertragsperioden in Geltung bleiben.

Im Baugewerbe sind die Verhandlungen an den verschiedenen Orten zurzeit noch nicht beendet. Es läßt sich auch noch nicht mit Bestimmtheit sagen, welchen Ausgang sie nehmen werden. Hoffentlich steigt auch hier die Erkenntnis, daß es für beide Teile von Vorteil ist, wenn es gelingt, auf friedlichem Wege eine Einigung herbeizuführen. Für den Gewerverein der Bauhandwerker hat in Essen der Kollege Münz, in Berlin Kollege Schröder an den Verhandlungen teilgenommen.

Arbeiterbewegung. In Harburg a. d. Elbe sind die Stellmacher in den Streik getreten, da ihnen ihre Lohnforderungen abgelehnt wurden. — Mit einem Erfolg für die Arbeiter hat die Lohnbewegung der Schneider in Regensburg geendet. — Nachdem auch die Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken die neunstündige Arbeitszeit eingeführt haben, ist die Neunhundenbewegung der Schuhwarenarbeiter zu Nürnberg als vollständig gelungen anzusehen. — Zu Differenzen ist es im Schuhmachergewerbe zu Köln gekommen. Der von den Arbeitnehmern ausgearbeitete Tarif fand nicht die Zustimmung der Innung. Infolgedessen haben die Gesellen beschlossen, bei allen denjenigen Meistern, die den Tarif nicht anerkennen, die Arbeit einzustellen. — Auf den Draht- und Nadelwerken De Fries in Dinslaken sind Differenzen ausgebrochen. Nachdem die Arbeiter der Abteilungen Grob- und Feinzeug, sowie der Stiftefabrik die Kündigung eingereicht hatten, wurde auch allen übrigen Arbeitern gekündigt. Die Firma zeigt wenig Entgegenkommen. Am Donnerstag haben deshalb die Arbeiter beschlossen, in den Streik zu treten. — In Gera ist ein Teil der Bildhauer und Steinmetzen in eine Lohnbewegung eingetreten; die eingeleiteten Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt. — Der süddeutsche Maler- und Tischlerverband hat beschlossen, eine allgemeine Ausperrung vorzunehmen, falls es nicht zu einem Tarifabschluß kommt. Davon würden etwa 12 000 Gesellen betroffen werden.

Im Pariser Baugewerbe ist es am Sonnabend zu der angekündigten Ausperrung gekommen. Es kann jedoch konstatiert werden, daß der Umfang der Ausperrung bisher der gehegenen Befürchtungen nicht entspricht. — Aus Unzufriedenheit über eine Abänderung der Dienstordnung sind in Vorderindien die Telegraphenbeamten in den Ausstand getreten. Da nur wenige Beamte in Dienst geblieben sind, stockt der telegraphische Verkehr fast vollständig.

Nicht eine Verschmelzung, sondern nur ein Zusammengehen des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Leipziger Verbandes soll von den leitenden Männern beider Organisationen geplant werden. Wie in einer Erklärung der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, ist aus beiden kaufmännischen Vereinigungen ein aus 8 Mitgliedern bestehender Ausschuss gebildet worden, um die erforderlichen Schritte für eine Interessengemeinschaft einzuleiten. Das Ergebnis der Beratungen dieses Ausschusses ist folgender Vorschlag, der den zuständigen Organen beider Verbände unterbreitet werden soll:

- a) Es ist eine Kommission von je neun, zusammen 18 Mitglieder zu wählen, der die Aufgabe zufallen soll, eine Uebereinstimmung beider Verbände in der Stellungnahme zu den Ständestragen herbeizuführen.
- b) Die von dieser Kommission zu fassenden Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt; das genaue Stimmenverhältnis ist bei jedem Beschlusse anzugeben.
- c) Ob die Beschlüsse dieser Kommission zur endgültigen Befähigung durch die Mitglieder einer gemeinsamen Tagung beider Verbände oder getrennten Mitgliederversammlungen vorzulegen sind, bleibt einer späteren Erörterung und Beschlussfassung überlassen.

Danach unterbleibt allerdings die unnatürliche Paarung, die mit Recht jebol! Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt hat. Aber auch das Zusammengehen dieser Verbände, die sich noch bis vor ganz kurzer Zeit wie Hund und Katze bekämpft haben, wird in weiten Kreisen kein Verständnis finden. Die besonnenen Elemente des Leipziger Verbandes werden sich bedanken für die Bundesgenossenschaft mit einer Organisation, die bisher für sie nur Hohn, Spott und Verleumdungen übrig gehabt hat.

Die Jugendgerichtshöfe werden auch in Württemberg Eingang finden. Wie der württembergische Justizminister in einem im Staatsanzeiger veröffentlichten Berichte mitteilt, sollen vom 1. Juli ab bei allen Amtsgerichten des Landes für schöffengerichtliche Strafsachen gegen jugendliche Personen inoffen be-

sondere Vorkehrungen getroffen werden, als diese Strafsachen dem Geschäftsbereich des aufsichtsbehaltenden Amtsrückers, dem mit der vormundschaftsrichterlichen Tätigkeit betraut ist, zugewiesen werden.

Auch das ist gewiß noch kein idealer Zustand, der hier geschaffen werden soll. Immerhin bringt er uns dem erstrebenswerten Ziele wirklicher Jugendgerichtsstände ein gutes Stück näher.

Um eine Einigung über das Anknappungsstatut herbeizuführen, haben die Ältesten des Allgemeinen Anknappungsvereins in Bochum eine Abordnung an den preussischen Handelsminister geschickt, um ihn zu erlösen, seinen Einfluß bei den Werksbesitzern des Ruhrgebiets dahin geltend zu machen, daß diese ihre Zustimmung zu der für die Rentenerhöhung erforderlichen Beitragserhöhung erteilen.

Lüge und Verleumdung sind die Waffen, mit denen unsere Gegner die Deutschen Gewerksvereine bekämpfen. Mit sachlichen Gründen können sie nichts erreichen.

Der „Grundstein“ brachte in Nr. 36 vom Jahrgang 1907 einen Bericht über eine am 19. August 1907 in der „Sonne“ in Ulm abgehaltene öffentliche Bauhandwerkerversammlung.

Die Arbeitgeber werden heute durch Bezahlung von Tag- oder Stundenlöhnen von den Arbeitern ausgedeutet; bei Tagelohnarbeitern sitzen die Arbeiter stundenlang auf dem Abort und rauchen Zigaretten, Zigarren sind ihnen nicht mehr gut genug.

„Ich kann diese Angaben über die von Münz angeblich gemachten Ausführungen nicht aufrecht erhalten, weil sie den Tatsachen nicht entsprechen und nehmend darum auch die in Nr. 38 (Jahrgang 1907) dem Münz gemachten Vorwürfe der Arbeiterfeindschaft und Unwahrhaftigkeit zurück.“

Erst nachdem der Herr Redakteur verklagt war, verstand er sich vor Gericht dazu, diese Erklärung abzugeben; sonst wäre er zweifellos bestraft worden.

Ein Verbrechen an der Jugend haben wir im Leitartikel der Verbreitung eines Flugblattes genannt, das seitens der Sozialdemokratie an die Fortbildungsschüler verteilt worden ist, um sie zum Eintritt in die „freien“ Jugendorganisationen zu bewegen.

Es jammert uns, daß Ihr Eure jungen Kräfte völlig auszulassen, Eure Körper mißhandeln, Eure sich frei bewegenden Geister in eberne Ketten schlagen laßt.

Nur arbeiten, arbeiten für andere, erlöst es Euch entgegen. Und wenn jetzt Euer jegliches elendes Dasein wenigstens die Früchte reifen ließe, von denen Ihr in der Zukunft zehren könntet!

Und auf diesen Ton ist auch der übrige Inhalt gestimmt. Ob sich denn die Verfasser dieses Flugblattes der Verantwortung bewußt sind, die sie damit auf sich laden, daß sie junge, soeben erst aus der Schule entlassene Leute in dieser Weise verzerren?

Ueber die Gewerkschaften in Oesterreich teilt die „Arbeitsmarktkorrespondenz“ mit, daß ihre Mitgliederzahl im Jahre 1907 um beinahe 60 000 auf 370 000 angewachsen ist.

Table with 3 columns: Category, Mitglieder 1907, Mitgliederzunahme 1907. Rows include Metallarbeiter, Eisenbahner, Textilarbeiter, Maurer, Holzarbeiter, Bergarbeiter, Arbeiter der Papier-, Gemischt- und Gummiindustrie, Brauereiarbeiter, Gießereiarbeiter, Handels- u. Transportarbeiter.

Gewerksvereins-Teil.

§ Berlin. Am 2. April fand eine von den drei Berliner Ortsvereinen der Konditoren einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung statt, um zu der letzten öffentlichen Versammlung des Konditoren- und Bäckerverbandes sozialdemokratische Richtung Stellung zu nehmen.

§ Oberhausen. In unserer am 5. v. Mts. abgehaltenen Ortsverbandsversammlung wurde ein Vortrag über wirtschaftliche Krisen, ihre Entstehung, Entwicklung und Wirkungen gehalten.

§ Potsdam. Eine öffentliche Gewerksvereinsversammlung hatte unser Ortsverband zum 25. März einberufen, in welcher der verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt über Weltanschauung und Arbeiterbewegung sprach.

§ Primmensau. In unserer gutbesuchten Ortsverbandsversammlung am 30. März hielt der Verbandsredakteur, Kollege Lemm, einen interessanten Vortrag über: „Die Sozialpolitik und die Deutschen Gewerksvereine.“

§ Berlin. Am 2. April fand eine von den drei Berliner Ortsvereinen der Konditoren einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung statt, um zu der letzten öffentlichen Versammlung des Konditoren- und Bäckerverbandes sozialdemokratische Richtung Stellung zu nehmen.

Verbands-Zeil.

Bekanntmachung.

Für die Ortsverbände zur Beachtung!

Bei Anträgen an den geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine ist in Zukunft darauf zu achten, daß alle diese Anträge von zwei Vorstandsmitgliedern des Ortsverbandes unterzeichnet sind.

Ferner ist zur Vereinfachung der Geschäftsführung die Angabe der genauen Adresse des Kollegen notwendig, welchem die Antwort zugestellt werden soll.

Wir bitten dringend, dies beachten zu wollen.

Mit Gewerksvereinsgruß

F. Reustedt, Verbands-Sekretär.

Frauen-Begräbnisliste des Verbandes. Mitteilung über eingesandte Beiträge. Monat Februar 1908.

Graphische Berufe: Halle Nr. 14,17, Straßfund 26,13, Altan 9,46. **Kaufleute:** Berlin (2056) 5,85, Berlin (2558) 2,34, Berlin IX 1,17. **Konditoren:** Rathor 0,90. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Berlin III 2,84, Berlin VIII 4,68, Biberach 2,34, Gumbinnen 1,04, Dels 8,20. **Porzellanarbeiter:** Altmasser 26,78, Gohla 0,78, Wittberg 1,95, Martin-Sophienau 1,69, Prädell-Neufelwig 3,12. **Schiffszimmerer:** Wellingsdorf 1,42. **Schneider:** Döhrerleben 3,12, Weissenfels 21,14, Jänichen 1,82, Kiel 4,68, Mathias 1,56, Pfaff 0,65, Schwemmann 3,12. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Bretschneider 2,34, Kaufmann 3,12, Rühl 0,90, Schulz 3,12, Blach 1,17. **Textilarbeiter:** Erlangen 19,50, Sommerfeld 8,82, Helmbrück (Eingelmitglieder) 9,36. **Löfpler:** Elbing 1,30. **Summa III. 194,58.**

Monat März 1908.
Bildhauer: Berlin 7,61. **Graphische Berufe:** Augsburg 1,93. **Porzellanarbeiter:** Selb 5,98. **Tiefenfurt 1,04, Rarnhödt 1,17, Strauß 4,68.** **Schneider:** Leipzig 1,20, Herrmann 0,78. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Pöbbersheim 7,80. **Textilarbeiter:** Forst 24,34, Gabelns 13,26, Spremberg 1,56. **Löfpler:** Duisburg 1,04, Rathenow 78,71, Roal 2,60. **Summa III. 148,70.**

Berlin, im April 1908.
R. Klein, Hauptassistent. F. Reustedt, Hauptkontrollierer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Die beiden nächsten Sitzungen fallen aus. — **Gewerksvereins-Liebertafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag abends 9—11 Uhr, Abendstunde im Verbandshaus der

Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Distriktsklub Moabit.** Jeden Freitag, ab. 8 1/2 Uhr, Sitzung im Moabiter Vereinshaus, Waldstraße 52. — **Sonabend, 11. April. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8—10 Uhr bei Radou, Waldstr. 53, Zablabend. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX und XII.** Mittwoch, 29. April, abends 8—10 1/2 Uhr, pünktlich, Vortragabend. Dr. P. Kallisch über: „Staat und Kommune. Welches Interesse hat der Arbeiter an der Kommune und den Kommunalwahlen?“ — **Bildhauer.** Montag, 13. April, abds. 9 Uhr, Versammlung bei Preuß. Drehsenerstr. 10. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Mittwoch, 15. April, abends 8 Uhr, Versammlung bei Funke, Triftstr. 41. Tagesordnung: Monatsbericht. Vortrag des Verbandssekretärs Reustedt: „Das sozialpolitische Gewerksvereinsprogramm“. — **Schiffbau- und Schiffbauarbeiter Distriktsklub Berlin V.** Dienstag, 14. April, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung, Rüdigerstraße 20. Vortrag des Kollegen Weisse über das Färben der Metalle. Gäste willkommen.

Niedorf. Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Sonabend, 11. April, abends 9 Uhr, Versammlung bei Desterwie, Hermannstr. 156. I. Monatsbericht. II. Vortrag des Kollegen Richter: Eine Englandsreise.

Orts- und Bezirksverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bill Schulte-Mattler, Distriktsklub. — **Nachen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leuchter, Ecke Hansemannplatz u. Züllicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Büttmanns Hotel, Wollstraße, Distriktsklub. — **Spandau (Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine, G.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Geisenkirchen (Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine).** Jeden Sonabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Verkehrslokal Pieper (früher Ellerich), Schaller- und Florstraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **(Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wehle, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerbräu, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — **Kienitz (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8 1/2 Uhr, im „Prinze von Preußen“ statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg (Distriktsklub).** Sitzung jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, vorm. von 10 bis 12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — **Hagen u. Umg. (Distriktsklub).** Jeden jeden Donnerstags, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirg- und Bergstraßen-Ecke. — **Nachen (Ortsverband).** Sonntag, 12. April, vormittags 11 Uhr, Vertreteritzung in Nachen, Restaurant „Zur Post“, Züllicherstraße 72. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Water Kolping“, Elfergasse. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und

4. Dienstag im Monat bei Kobel, Berktstr. 120. — **Oberhausen (Nhd.).** Distriktsklub jeden Sonntag, vorm. 10 Uhr, b. Herrn Wirt Götterpach, Fallensteinstraße. — **M.-Glabbaq.-Nheydt (Ortsverband).** Jeden 4. Sonabend im Monat, abends 8 Uhr, im Gewerksvereinsbureau, Sophienstr. 1, Vertreteritzung. — **Deffau (Ortsverband).** Sonntag, 12. April, nachm. 4 Uhr, Ortsvereinsversammlung im Café Fajon. Bericht von der Konferenz am 16. März. — **Halle (Ortsverband).** Der diesjährige Osterunterhaltungsabend findet diesmal am 2. Osterfesttag, von 6 Uhr abends an, im Clublokal des Vereines statt. Programme sind im Vorverkauf bei Fritz Tisch, Restaur. Passage, Richard Breitenborn, Zwingerstr. 28, und Franz Wagner, Körnerstr. 17, zu haben.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Protokolle der 9. ordentlichen Generalversammlung der Krankenunterstützungsstelle sowie der 8. ordentlichen Generalversammlung der Begräbnisliste des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Herausgegeben und verlegt vom Vorstand der Kassen, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Schiffahrtsabgaben. Von Max Peters, II. und III. Teil. Im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik herausgegeben. Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik über die berufsmäßige Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten und über Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte. Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Sozialpolitik der deutschen Zentrums-partei. Gesammelte sozialpolitische Flugblätter des Volksvereins für das kath. Deutschland. Verlag des Volksvereins in M.-Glabbaq. Preis 30 Pfg.

Das Kohlenbergwerk. Eine Monographie von Dr. Dskar Stille und Arthur Gehre. Mit 56 Abbildungen. Verlag von R. Voigtländer in Leipzig. Preis 4 Mt.

Eisenhütten. Eine Monographie von Dr. Dskar Stille und Ingenieur G. Sieudel. Mit 62 Abbildungen. Verlag von R. Voigtländer in Leipzig. Preis 4 Mt.

Die Praxis des öffentlichen Arbeitsnachweises. Im Auftrage des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise herausgegeben von Fritz Lauer. Verlag von Georg Reimer in Berlin. Preis 3 Mt.

Friedrich der Große als deutscher Volkserzieher durch seine Weisheitsprüche. Zusammengefasst von Gustav Simons in Mariendorf-Berlin. Selbstverlag. Preis 30 Pfg.

Die Begünstigung der Sozialdemokratie durch die gegenwärtige Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe. Nr. 4 der Schriften des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckgewerbe. Berlin.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Jena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ecke Oberlauegasse.

Nachen (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Reiseunterstützung im Arbeiterzeitungs-Lokal Nachen, Waldbergschweg 71. Ebenfalls Arbeitsnachweis.

Hagen u. Umg. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Sommer wie Winter 75 Pfg. bei Guß. Guder, Große Burgstr. 14.

Eisenach (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pfennig Unterstützung. Meldungen beim Ortsverbandsassistenten Edmund Hartmann, Wiesenstr. 10.

Nabesberg (Ortsverband). Durchreisende erhalten Ortsverbandsgeschenk bei Dskar Stille, Bismarckstraße 28a, II.

Lüdenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgeschenk befindet sich beim Sekretär Herrn Bartelt, Kölnnerstr. 33.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Beuchel in Stetzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandsassistenten W. Rowalowski, Thorn, Hellwegstr. 7/9.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Ausgabenbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Zeitfaden zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Bezugswörterbuch der Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 80 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Geschichte der Deutschen Gewerksvereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mt., 20 Exemplare 7 Mt., 30 Exemplare 9 Mt. und 50 Exemplare 12,50 Mt.
Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine von Wilhelm Gleichauf. Preis für Gewerksvereiner 2,40 Mt.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Schrift zum 25. jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mt.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
Selbstsendungen sind immer zu richten an den Verbandsassistenten Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Vom Verbandsbureau zu beziehen:
Sozialdemokratie und Arbeiterschaft
von Dr. jur. Richard Freund
Preis 80 Pfg.
Ein für die Agitation nicht entbehrliches Hilfsmittel!

Der Gewerkverein
Jahrgang 1907
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
Bestellungen an den Verbandsassistenten
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Verbandsangehörige!
Allen nach Berlin kommenden Verbandsangehörigen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierzimmer zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Büchner, Quergebäude.
Das Bureau des Zentralrats.
Stellenlose
Handelskassensarbeiter, Hausdiener, Packer etc.
erhalten Stellung nachgewiesen durch den Arbeitsnachweis unseres Ortsvereins der Handelskassensarbeiter. Meldungen an den Kollegen Hilbert, Berlin SW., Kochstraße 56.